

Rede von Dieter Hausold 22.04.2016 (Plenarprotokoll 6/48)

Belastungen des Mittelstandes reduzieren – KMU-Test in Thüringen einführen

Zum Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 6/1752

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Kollegen von der CDU, Kollege Dr. Voigt, in einem sind wir uns, glaube ich, erst mal sogar einig: Über kleine und mittelständische Unternehmen in Thüringen die politische Debatte zu führen, besteht ständig Notwendigkeit.

Es steht auch diesem Hause gut zu Gesicht, dass wir uns dazu und zu einzelnen Fragen miteinander entsprechend ins Benehmen setzen. Allerdings will ich auch darauf verweisen, dass im weiteren Teil meiner Bemerkungen in dieser Debatte deutlich werden wird, dass unsere Positionen hier durchaus auseinandergehen, aber dafür sind wir schließlich unter Demokraten in der Erörterung wichtiger politischer Fragen für dieses Land. Herr Dr. Voigt, Sie haben auch die Situation in der Thüringer Wirtschaft unter dieser rot-rot-grünen Landesregierung recht kritisch dargestellt.

(Zwischenruf Abg. Dr. Voigt, CDU: Für die Thüringer Wirtschaft!)

Es wird Sie nicht verwundern, dass ich da etwas anderer Auffassung bin. Ich bin auch der Auffassung, dass wir ein bisschen mehr bei den Fakten bleiben müssen. Dann können wir aus meiner Sicht nicht zu solchen Einschätzungen kommen, wie Bürokratie und Regelungswut und alles andere sozusagen fast den Untergang unserer kleinen und mittelständischen Unternehmen zukünftig heraufbeschwören kann, denn da, meine Damen und Herren, sprechen die Fakten eindeutig eine andere Sprache in unserem Land.

(Beifall DIE LINKE)

Wir haben eine Thüringer Wirtschaft und Industrie auch im kleinen und mittelständischen Bereich, die sich insgesamt trotz aller Unwägbarkeiten und Probleme, die vielfach auch in Korrespondenz mit Außenwirtschaft und anderen wirtschaftlichen Entwicklungen stehen, gut entwickelt. Das betrifft die Auftragslage – ich will Sie hier nicht unbedingt mit einzelnen Zahlen bombardieren –, das betrifft die Binnennachfrageentwicklung, das betrifft insgesamt auch das Auslandsgeschäft.

(Zwischenruf Abg. Dr. Voigt, CDU: Dann müssen wir mal schauen, wo das Wirtschaftswachstum hinläuft!)

Wir hatten gerade die Wirtschaftsdelegation mit dem Ministerpräsident und dem Wirtschaftsminister und vielen Wirtschaftsleuten in Russland in den letzten Tagen. Ich will das hier auch mal sagen: Das ist für die Thüringer Wirtschaft ein ungemeiner Gewinn und wird auch so eingeschätzt. Selbst in schwierigen politischen Zeiten wollen wir und will diese Regierung – sie will es nicht nur, sie tut es auch – etwas zum Beispiel für die weitere Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen der Thüringer Unternehmen tun, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gehört doch auch in den Fokus unserer Bewertung und Einschätzung. Wir haben, da bin ich beim Thema „Arbeitgeberseite/Arbeitnehmerseite“, weiter einen Rückgang der Arbeitslosigkeit in Thüringen zu verzeichnen. Das ist auch so, obwohl „die Kritiker des Mindestlohns“ immer heraufbeschworen haben, dass gerade das nicht passieren wird. Meine Damen und Herren, das Gegenteil ist der Fall: Diese Mindestlohnregelung ist ein Segen, das will ich so sagen, auch für die Thüringer Wirtschaft, die das im Übrigen auch selbst so einschätzt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun ist natürlich im politischen Raum klar, dass bei den Auseinandersetzungen und politischen Bewertungen, Entwicklungsrichtungen usw. die Meinungen in dem demokratischen Diskurs auseinandergehen. Aber ich will schon sagen, das, was ich gegenwärtig in Gesprächen mit Unternehmen, Kammern usw. selbst erlebe – an der Stelle kann ich auch die Einschätzung des Ministers bestätigen –, was ich zum Beispiel auf dem Jahresempfang der IHK und der Handwerkskammer hier in Erfurt gehört habe, was die Bewertung der Landesregierung und demzufolge das Setzen der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen durch diese Landesregierung von den maßgeblichen Vertretern betrifft, ist zum überwiegenden Teil positiv, meine Damen und Herren. Kritik wird es im Detail immer geben müssen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage: Die Thüringer Wirtschaft sieht es etwas anders als die CDU-Fraktion an dieser Stelle. Das will ich hier schon aufführen.

Eines möchte ich für meine Fraktion auch noch mal klarstellen: Wir sehen die Debatte mit der Wirtschaft so, dass sich auch die Thüringer Wirtschaft ihrer gesellschaftlichen Gesamtverantwortung, auch ihrer Verantwortung, was Arbeitsbedingungen betrifft usw., bewusst ist. Das ist deshalb für diese Regierung noch ein zusätzlicher Ansporn und unser Grundsatz in der Koalition. Wir sagen, wir – und die Wirtschaft will das auch selber nicht – wollen sie nicht aus Ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung entlassen, sondern wir wollen das politisch über Rahmenbedingungen zusammenbinden, damit wir wieder mehr und mehr zu einer Situation kommen, dass es unserer Wirtschaft gut gehen kann, aber dass auch das Land, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, insgesamt etwas davon haben. Das ist der Inhalt unserer Politik.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da sind wir uns durchaus auch mit den Wirtschaftsvertretern einig, auch wenn immer Einzelnes zu debattieren und zu kritisieren ist. Und weil hier natürlich – war ja logisch – auch wieder das Bildungsfreistellungsgesetz angesprochen wurde; auch in diesem Bildungsfreistellungsgesetz ist der Hinweis auf Belastungen und Kosten der Unternehmen aus diesem Zusammenhang klar dargelegt. Zum Zeitpunkt der Verabschiedung konnte man das natürlich zunächst mal nur schätzen, aber dass das Berücksichtigung finden muss und dass es uns demzufolge bei der Umsetzung dieses Gesetzes weiterhin beschäftigen wird, das ist im Gesetzestext entsprechend enthalten, meine Damen und Herren. Deshalb sehe ich auch bei anderen gesetzlichen Regelungen den Stand eben nicht so, dass wir praktisch – wie das der Antrag der CDU etwas unterstellt – hier eine Situation hätten, dass wir überall bei Null anfangen müssen und dass allein dieser KMU-Test, wie er im Bund vorgesehen ist, hier erst ein Anfang wäre und dass wir damit auch alle Probleme, die es etwa gibt, lösen können. Also darüber, bitte schön, wie das in dieser

Enge helfen soll, müssen wir weiter debattieren, weil ich da der Auffassung bin, das ist zum Teil von der Lage anders und es ist auch, was die Schlussfolgerung betrifft, eine sehr diskussionswürdige Angelegenheit. Es ist hier auch auf den Ergänzungsantrag Clearingstelle eingegangen worden, das wird uns in der Debatte jetzt auch weiterhin beschäftigen. Ich sehe es ähnlich wie der Minister. Wir haben durchaus ein Clearingverfahren. Ob es unbedingt in eine personelle Erweiterung gehen muss, dazu sehe ich Diskussionsbedarf. Dass aber dieses Verfahren, wie es vom Minister hier skizziert worden ist, von der weiteren Entwicklung her eine Debatte hergibt und dass wir uns dieser gern stellen wollen, das steht allerdings für uns außer Frage und das sehen wir auch im Kontext dieses Ergänzungsantrags so.

Lassen Sie mich zum Schluss, weil ich eingangs gesagt habe, meine Damen und Herren, es ist immer gut über kleine und mittelständische Unternehmen in dem Land zu reden, anmerken: Ich wäre schon froh, wenn wir eine Debatte über diesen CDU-Antrag auch ein Stück weit nutzen, um noch einmal weitere Fragen, die uns in diesem Zusammenhang bewegen, aufzurufen. Die Frage der Stärkung der Innovationskraft unserer Unternehmen: Natürlich kann ich sagen, indirekt hat auch die Frage des Bürokratieabbaus, haben die Fragen, die Sie aufgeworfen haben, damit zu tun. Aber wir müssen natürlich in den nächsten Jahren darauf achten, dass Unternehmen auch wachsen können, dass wir sozusagen eine Strategie weiterentwickeln, die Exportfähigkeit, Managementkompetenz in Unternehmen und all diese Rahmenbedingungen unterstützt. Da sind wir noch lange nicht an den Punkten, wo wir natürlich hinmüssen. Wir sollten diese Debatte auch nutzen, um über Vernetzungsangebote und die entsprechenden Kompetenzen, über Wirtschaft 4.0 und was damit zusammenhängt zu debattieren. Das sind alles Fragen in diesem Bereich, Existenzgründung, aber andererseits diese Frage der Übergabebedingungen für Unternehmen, die Frage, wie können wir eventuell Übergaben auch durch Fusionen sichern und begünstigen? Das sind alles Dinge, meine Damen und Herren, denen sich diese Koalition und diese Landesregierung wirtschaftspolitisch verschrieben hat. Deshalb gehen wir auch davon aus, dass wir die Debatte im Zusammenhang mit dem Antrag der CDU etwas erweitern. Ich habe damit schon, denke ich, deutlich zum Ausdruck gebracht, meine Damen und Herren, ich beantrage eine Überweisung Ihres Antrags an den Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft, um das dort auch ein Stück weit eingehender weiter zu beraten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)